

"Kinder sollen kein Smartphone haben" - Interview an Marco Morosini über sozialen Medien

Für ETH-Dozent Marco Morosini hat Twitter mit der Trump-Sperre richtig gehandelt: Der ehemalige Berater von Beppe Grillo sieht das (kommerzielle) Internet als grosse Gefahr – und fordert radikale Massnahmen.

Marco Morosini war ab 1992 Ideengeber und Ghostwriter für den italienischen Komiker Beppe Grillo, welcher 2009 die erste «digitale Partei» gründete, die Fünfsternebewegung. Von Morosini ist jüngst das Buch «Snaturati – La vera storia dei 5 Stelle raccontata da uno dei padri» erschienen («Degeneriert. Die wahre Geschichte der Fünfsternebewegung, erzählt von einem ihrer Väter»). Es ist eine kritische Analyse der Partei. Morosini ist schweizerisch-italienischer Doppelbürger und unterrichtet seit fast 20 Jahren Umweltpolitik an der ETH Zürich. (ben)

Twitter, Facebook und andere soziale Medien haben Donald Trump verbannt. War das richtig oder falsch?

Jahrelang haben die kommerziellen sozialen Medien dazu beigetragen, Wahnsinn, Hass und alle möglichen Verschwörungstheorien zu verbreiten. Kein Politiker und keine Politikerin hat ernsthaft versucht, das zu unterbinden. Und nun, wo die Besitzer der sozialen Medien endlich etwas gegen den bekanntesten Hassprediger der Welt unternehmen, empören sich die Apostel der Meinungsfreiheit.

Angela Merkel, die man nun wahrlich nicht zu Trumps engsten Freundinnen zählen kann, hat von einem «problematischen» Vorgang gesprochen.

Die Chefs der sozialen Medien haben heute offensichtlich so viel Macht, dass sie selbst dem angeblich mächtigsten Mann der Welt das Wort entziehen können. Dass dies jede Politikerin und jeden Politiker erschüttert, ist klar.

Hat Merkel mit ihren Bedenken recht oder nicht?

Das Wort «Zensur», das nun so häufig fällt, ist völlig deplatziert. Wenn jemand einen Leserbrief an eine Zeitung schreibt, in dem er zu Gewalt aufruft, Leute obszön beschimpft und Lügen verbreitet, und die Zeitung druckt ihn nicht ab – ist das dann ein Akt der Zensur? Was Trump widerfahren ist, ist keine Zensur, sondern eine Zäsur.

Nachdem Trump auf Twitter jahrelang ungehindert wüten konnte, wirkt diese Zäsur aber ziemlich willkürlich.

Suspekt daran ist einzig der späte Zeitpunkt. Trumps Tiraden haben Traffic und Klicks gebracht und den sozialen Medien viel Geld eingetragen. Es mag ja sein, dass es Leute wie Mark Zuckerberg oder früher Steve Jobs ernst meinten mit ihren hehren Visionen – aber im Oligopol, das die sozialen Medien geschaffen haben, entscheiden letztlich die Buchhalter, nicht die Visionäre.

Soziale Medien ermöglichen es jeder und jedem, die eigene Meinung kundzutun. Vor zehn Jahren hatte man das als Demokratisierung des öffentlichen Diskurses begrüßt.

Gegen Meinungsfreiheit ist nichts einzuwenden. Bloss haben sich die Hoffnungen auf eine Ära der persönlichen Freiheit, der kollektiven Intelligenz und der direkten digitalen Demokratie zerschlagen. Soziale Medien teilen weniger die Macht unter vielen auf, eher mehren sie die Macht des ohnehin schon Mächtigen. Trump ist dafür das beste Beispiel. Die fulminante Verwandlung eines Politdilettanten in den mächtigsten Menschen der Welt wäre ohne sein digitales Flächenbombardement niemals gelungen.

Was sollen wir tun?

Soziale Medien sind, wie es schon ihr Name sagt, Medien. Also keine Briefträger oder Telefongesellschaften. Und wenn sich ihre Chefs benehmen wie im Wilden Westen, braucht es den Sheriff. Stellen wir uns eine Zeitung vor, die ohne Impressum erscheint, von der niemand weiss, wem sie gehört und wer der Chefredaktor ist. Und in der die Journalisten je nach Lust und Laune unter ihrem Namen oder unter einem Pseudonym schreiben. Es wäre undenkbar.

Der Sheriff wäre der Staat, nehme ich an.

Nicht nur der Nationalstaat, sondern auch regionale und lokale Instanzen, die das Individuum nach Recht und Gesetz vor der Willkür der Monopole schützen. Und vor jeder anderen Willkür. Wer sonst soll das tun?

«Es braucht ein Internet for Money und ein Internet for People.»

Gut, aber was konkret müsste geschehen?

Da Internet und soziale Medien international agieren, bräuchte es eigentlich eine globale gesetzgebende Institution. Die einzige, die dafür infrage käme, wäre die UNO.

Sie signalisieren selber, dass das reines Wunschdenken ist.

Es hat innerhalb der UNO Versuche in diese Richtung gegeben, aber ohne greifbare Ergebnisse. Die UNO macht, was sie kann.

Und weiter?

Wenn es keine globale Institution gibt, die das Problem anpacken kann, müssen kleinere Institutionen an ihre Stelle treten, etwa die G-7 oder die EU. Die EU-Kommission hat kürzlich relativ einschneidende Vorschläge formuliert, um das Internet zu regulieren.

Gemessen an dem, was Ihnen vorschwebt, ist das aber nicht mehr als ein erster Schritt.

Grundsätzlich sollte das Internet in einen rein kommerziellen und einen nicht kommerziellen Teil aufgespalten werden – ein Internet for Money und ein Internet for People. Im kommerziellen Teil befänden sich nach wie vor die Pornografie, die

Katzenbilder, die Verkäufer von gefälschten Viagra-Tabletten. Also das ganze Sammelsurium, das das Internet pervertiert hat. Aber es wäre gesetzlich stärker überwacht und reguliert.

«Minderjährige sollen keine Smartphones kaufen dürfen. Es ist ihnen ja auch verboten, ins Pornokino zu gehen.»

Und im anderen Teil?

Das Internet for People würde nach dem Prinzip Wikipedia funktionieren, also ohne kommerzielle Interessen. Und vollkommen transparent, es müssten alle mit ihrem Klarnamen auftreten. Anonymität gäbe es nicht mehr. Wikipedia ist die nützlichste kulturelle Institution in der Geschichte der Menschheit. Und sie funktioniert ohne Werbung. Sie wäre das Vorbild, um dem Internet des Geldes das Internet der Bürger an die Seite zu stellen. Ein soziales Medium, das ohne kommerzielle Interessen funktioniert, zieht andere Personen an als ein kommerziell orientiertes. Deshalb hat es einen ganz anderen Inhalt. Dieses Konzept liesse sich zumindest im Kleinen auch auf nationaler Ebene verwirklichen.

Das Problem bei dieser Idee ist, dass im Internet das sogenannte «The winner takes it all»-Prinzip herrscht. Wenn ich mit allen kommunizieren will, muss ich jene Plattform benutzen, die alle anderen auch benutzen.

Wollte Henri Dunant in Solferino eine Organisation schaffen, um Kriegsverletzte in aller Welt zu retten? Nein, er rettete zunächst zehn, dann hundert, dann vielleicht tausend Verletzte. Daraus entstand irgendwann eine kleine Organisation mit rotem Kreuz, die wuchs und heute weltweit tätig ist. Wenn ich genügend Gründe habe, keine industriell produzierte Nahrung zu essen, kaufe ich biologische Produkte. Das ist zunächst eine Nische, aber eine Nische, die wächst, weil immer mehr Leute gesund essen wollen. Das gilt grundsätzlich auch fürs Internet.

In Ihrem Buch «Snaturati» über die Geschichte der italienischen Fünfsternbewegung zeichnen Sie ein sehr düsteres Bild des Internets. Was ist der Kern Ihrer Kritik?

Dass das Internet in vielen Bereichen unkalkulierbare Schäden anrichtet. Die digitale Welt ist zum Beispiel sehr umweltschädigend, ihr globaler Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss ist grösser als jener des Flugverkehrs. Und innerhalb der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird sich die Umweltbelastung vervielfachen. Aber den grössten Schaden richtet es in den Gehirnen von Milliarden Menschen an, insbesondere von Jugendlichen. Die Bilder, die schon Zehnjährige jederzeit abrufen können – das ist haarsträubend. Und dass wir Erwachsene es zulassen, völlig verantwortungslos. Inmitten der globalen Digitalisierungseuphorie blenden wir die Folgeschäden des Internets viel zu stark aus.

Wie wollen Sie Kinder und Jugendliche schützen?

In meinem Buch schlage ich vor, den Verkauf von Smartphones an Minderjährige zu verbieten.

Das ist nicht Ihr Ernst.

Natürlich ist das mein Ernst. Wo ist das Problem? Minderjährige können keinen Waffenschein erwerben, sie dürfen nicht Auto fahren, nicht ins Pornokino und nicht ins Abstimmungslokal. Warum sollen sie dann etwas tun dürfen, das genauso gefährlich ist?

Diese Massnahme würde gesellschaftlich niemals akzeptiert. Sie würde einen Schwarzmarkt schaffen, weil Verbotenes erst recht attraktiv ist. Sie ist völlig utopisch.

Wenn Sie im Jahr 100 n. Chr. in Rom die Abschaffung der Sklaverei verlangt hätten – was wäre wohl die Antwort der Leute gewesen? Oder vor dreihundert Jahren die Abschaffung der Todesstrafe?

Gewagte Vergleiche.

Aber treffende. Ich glaube an Fortschritt und Lernfähigkeit. Aber natürlich ist es nie schlecht, eine idealistische Maximalforderung pragmatisch den momentan noch herrschenden Umständen anzupassen. Also etwa nur den Verkauf von Smartphones an Jugendliche zu verbieten, nicht den Gebrauch. Oder eine Fernkontrolle der Inhalte durch die Eltern.

Wir sind uns aber einig, dass die Digitalisierung auch gute Seiten hat?

Natürlich sind wir uns da einig. Aber die Vorzüge sehen alle, die Nachteile in ihrem ganzen Ausmass nur wenige. Jede Kritik am Internet wird mit dem Hinweis auf seine Vorzüge beiseitegewischt.

«Die Cinque Stelle sind eine Partei der verpassten Chance.»

Sie waren früher ein Anhänger der italienischen Fünfsternebewegung und ein persönlicher Mitarbeiter von Beppe Grillo. Die Cinque Stelle haben wie kaum eine andere Partei auf die Digitalisierung der Politik gesetzt.

Zu meiner Ehre hat Grillo in einem Interview über mich einmal gesagt, ich sei zusammen mit dem Ökonomen Joseph Stiglitz eine der Personen, die ihm die Augen geöffnet hätten. Ich war und bin dennoch kein Anhänger von ihm und der Fünfsternebewegung. Die Cinque Stelle sind eine Partei der verpassten Chance. Sie hätte die grösste sozial-ökologische Partei der Welt sein können. Auch eine transparente digitale Partei. Aber die Grillini haben die Vorzüge, welche die Digitalisierung auch bietet, missbraucht und sind heute genauso intransparent wie die anderen.

Neue Formen und Technologien haben schon immer Kritiker und Apokalyptiker auf den Plan gerufen. Die Reproduzierbarkeit von Kunstwerken zerstört laut Walter Benjamin deren Aura und Echtheit. Das Fernsehen lässt laut Neil Postman die Massen verblöden. Und selbst Romane galten einst als sittliche Gefährdung für Frauen.

Dieser Aufzählung lässt sich eine andere entgegensetzen: jene der Technologien, die zunächst enthusiastisch gefeiert wurden und deren Nachteile man erst viel später in ihrer ganzen Tragweite bemerkt hat.

Zum Beispiel?

Fossile Energieträger haben in den letzten 200 Jahren die Entwicklung der Menschheit enorm vorangetrieben, sie haben uns reich gemacht und unsere Lebenserwartung verlängert. Aber jetzt sind die Schäden, die sie verursachen, so gross geworden, dass sie diese Errungenschaften gefährden. Deshalb müssen wir darauf verzichten. Ähnliches lässt sich von der Atomkraft, den Pestiziden und vom Asbest sagen. Die unerwarteten Nebenwirkungen des kommerziellen Internets sind keine Drohung aus der Zukunft, sondern bereits heute eine Tatsache.

Kultur & Gesellschaft

«Kinder sollten kein Handy haben»

Soziale Medien Für ETH-Dozent Marco Morosini hat Twitter mit der Trump-Sperre richtig gehandelt. Der Berater von Beppe Grillo sieht das Internet als grosse Gefahr – und fordert drastische Massnahmen.

Sandro Benini

Herr Morosini, Twitter und Facebook haben Donald Trump verbannt. War das richtig?

Jahrelang haben die kommerziellen sozialen Medien dazu beigetragen, Wahnsinn, Hass und alle möglichen Verschwörungstheorien zu verbreiten. Kein Politiker und keine Politikerin hat ernsthaft versucht, das zu unterbinden. Und nun, wo die Nutzer der sozialen Medien endlich etwas gegen den bekanntesten Hassprediger der Welt unternehmen, empören sich die Apostel der Meinungsfreiheit.

Angela Merkel, die man nun wahrlich nicht zu Trumps Freundinnen zählen kann, hat von einem «problematischen» Vorgang gesprochen.

Die Chefs der sozialen Medien haben heute offensichtlich so viel Macht, dass sie selbst dem angeblich mächtigsten Mann der Welt das Wort entziehen können. Dass dies jede Politikerin und jeden Politiker erschüttert, ist klar.

Aber hat Merkel recht?

Das Wort «Zensur», das nun so häufig fällt, ist völlig deplatziert. Wenn jemand einen Leserbrief an eine Zeitung schreibt, in dem er zu Gewalt aufruft, Leute obszön beschimpft und Lügen verbreitet, und die Zeitung druckt ihn nicht ab – ist das dann ein Akt der Zensur? Was Trump widerfahren ist, ist keine Zensur, sondern eine Zäsur.

Nachdem Trump auf Twitter jahrelang ungehindert wüten konnte, wirkt diese Zäsur aber ziemlich willkürlich.

Suspekt daran ist einzig der spätere Trumps Trauden haben Traffic und Klicks gebracht und den sozialen Medien viel Geld eingetragen. Es mag ja sein, dass es Leute wie Mark Zuckerberg oder früher Steve Jobs ernst meinten mit ihren hehren Visionen – aber im Oligopol, das die sozialen Medien geschaffen haben, entscheiden letztlich die Buchhalter, nicht die Visionäre.

Soziale Medien ermöglichen es jeder und jedem, die eigene Meinung kundzutun. Vor zehn Jahren hatte man das als Demokratisierung begrüss.

Gegen mehr Meinungsfreiheit ist nichts einzuwenden. Bloss haben sich die Hoffnungen auf eine Ära der persönlichen Freiheit, der kollektiven Intelligenz und der direkten digitalen Demokratie zerschlagen. Soziale Medien teilen weniger die Macht unter vielen auf, eher mehrten sie die Macht des ohnehin schon Mächtigen. Trump ist dafür das beste Beispiel. Die fulminante Verwandlung eines Politdebatanten in den mächtigsten Menschen der Welt wäre ohne sein digitales Flächenbombardement niemals gelungen.

Was sollen wir tun?

Soziale Medien sind keine Briefträger oder Telefongesellschaften. Und wenn sich ihre Chefs benehmen wie im Wilden Westen, braucht es den Sheriff. Stellen wir uns eine Zeitung vor, die ohne Impressum erscheint, von



«Den grössten Schaden richtet das Internet in den Gehirnen von Jugendlichen an», sagt Marco Morosini. Foto: Alamy Stock Photo

der niemand weiss, wem sie gehört und wer der Chefredaktor ist. Und in der die Journalisten unter ihrem Pseudonym schreiben. Es wäre undenkbar.

Der Sheriff wäre der Staat, nehme ich an.

Nicht nur der Nationalstaat, sondern auch regionale und lokale Instanzen, die das Individuum nach Recht und Gesetz vor der Willkür der Monopole schützen. Und vor jeder anderen Willkür. Wer sonst soll das tun?

Gut, aber was konkret müsste geschehen?

Da Internet und soziale Medien international agieren, bräuhete es eine globale gesetzgebende Institution. Die einzige, die dafür infrage käme, wäre die UNO.

Sie signalisieren selber, dass das reines Wunschdenken ist.

Es hat innerhalb der UNO Versuche in diese Richtung gegeben, aber ohne greifbare Ergebnisse.

Und weiter?

Wenn es keine globale Institution gibt, die das Problem angehen kann, müssen kleinere Institutionen an ihre Stelle treten, etwa die EU. Die EU-Kommission hat kürzlich relativ einschneidende Vorschläge formuliert, um das Internet zu regulieren.

Gemessen an dem, was Ihnen vorschwebt, ist das aber nicht mehr als ein erster Schritt.

Grundsätzlich sollte das Internet in einen rein kommerziellen und einen nicht kommerziellen Teil aufgespalten werden – ein Inter-

net for Money und ein Internet for People. Im kommerziellen Teil befinden sich nach wie vor die Pornografie, die Katzenbilder, die Verkäufer von gefälschten Viagra-Tabletten. Also das ganze Sammelsurium, das das Internet pervertiert hat. Aber es wäre gesetzlich stärker überwacht und reguliert.

Und im anderen Teil?

Das Internet for People würde nach dem Prinzip Wikipedia funktionieren, also ohne kommerzielle Interessen. Und Anonymität gäbe es nicht mehr. Wikipedia ist die nützlichste kulturelle Institution in der Geschichte der Menschheit. Und sie funktioniert komplett ohne Werbung. Sie wäre das Vorbild, um dem Internet des Geldes das Internet der Bürger an die Seite zu stellen. Ein soziales Medium, das ohne kommerzielle Interessen funktioniert, zieht andere Personen an als ein kommerziell orientiertes. Deshalb hat es einen ganz anderen Inhalt. Dieses Konzept liesse sich zumindest im Kleinen auch auf nationaler Ebene verwirklichen.

Das Problem bei dieser Idee ist, dass im Internet das sogenannte «The winner takes it all»-Prinzip herrscht. Wenn ich mit allen kommunizieren will, muss ich jene Plattform benutzen, die alle anderen auch benutzen.

Wollte Henri Dunant in Solferino eine Organisation schaffen, um Kriegsverletzte in aller Welt zu retten? Nein, er rettete zu nächst zehn und dann vielleicht hundert Verletzte. Daraus ent-

stand irgendwann eine kleine Organisation mit rotem Kreuz, die wuchs und heute weltweit tätig ist. Wenn ich genügend Gründe habe, keine industriell produzierte Nahrung zu essen, kaufe ich biologische Produkte. Das ist zunächst eine Nische, aber eine Nische, die wächst, weil immer mehr Leute gesund essen wollen. Das gilt grundsätzlich auch fürs Internet.

In Ihrem Buch «Snaturati» über die Geschichte der italienischen Kritiker des Internets



Foto: Thomas Egli

Marco Morosini war ab 1992 Ideengeber und Ghostwriter für den italienischen Komiker Beppe Grillo, der 2009 die erste «digitale Partei» gründete, die Fünfsternebewegung. Von Morosini ist jüngst das Buch «Snaturati – La vera storia dei 5 Stelle raccontata da uno dei padri» erschienen («Degeneriert. Die wahre Geschichte der Fünfsternebewegung, erzählt von einem ihrer Väter»). Es ist eine äusserst kritische Analyse der Partei. Morosini ist schweizerisch-italienischer Doppelbürger und unterrichtet seit fast 20 Jahren Umweltpolitik an der ETH Zürich. (hen)

Fünfsternebewegung zeichnen Sie ein sehr düsteres Bild des Internets. Was ist der Kern Ihrer Kritik?

Dass das Internet in vielen Bereichen unakalulbare Schäden anrichtet. Die digitale Welt ist zum Beispiel sehr umweltschädigend, ihr globaler Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss ist grösser als jener des Flugverkehrs. Aber den grössten Schaden richtet es in den Gehirnen von Milliarden Menschen an, insbesondere von Jugendlichen. Die Bilder, die schon Zehnjährige jederzeit abrufen können – das ist haarsträubend. Und dass wir erwachsene es zulassen, völlig verantwortungslos. Inmitten der globalen Digitalisierungseuphorie blenden wir die Folgeschäden des Internets viel zu stark aus.

Wie wollen Sie Kinder und Jugendliche schützen?

In meinem Buch schlage ich vor, den Verkauf von Smartphones an Minderjährige zu verbieten.

Das ist nicht ihr Ernst.

Natürlich ist das mein Ernst. Minderjährige können keinen Waffenschein erwerben, sie dürfen nicht Auto fahren, nicht ins Pornokino und nicht ins Abstimmungslokal. Warum sollen sie dann etwas tun dürfen, das genauso gefährlich ist?

Diese Massnahme würde gesellschaftlich niemals akzeptiert. Sie würde einen Schwarzmarkt schaffen und ist völlig unrealistisch.

Wenn Sie im Jahr 100 n. Chr. in Rom die Abschaffung der Sklaverei verlangt hätten – was wäre

wohl die Antwort der Leute gewesen? Oder vor dreihundert Jahren die Abschaffung der Todesstrafe?

Gewagte Vergleiche.

Aber treffende. Ich glaube an Fortschritt und Lernfähigkeit. Aber natürlich ist es nie schlecht, eine idealistische Maximalforderung pragmatisch den momentanen noch herrschenden Umständen anzupassen. Also etwa nur den Verkauf von Smartphones an Jugendliche zu verbieten, nicht den Gebrauch. Oder eine Fernkontrolle der Inhalte durch die Eltern zu schaffen.

Wir sind uns aber einig, dass die Digitalisierung auch gute Seiten hat?

Natürlich sind wir uns da einig. Aber die Vorzüge sehen alle, die Nachteile in ihrem ganzen Ausmass nur wenige. Jede Kritik am Internet wird mit dem Hinweis auf seine Vorzüge betsetgewischt.

Sie waren früher ein Anhänger der italienischen Fünfsternebewegung, die stark auf die Digitalisierung der Politik setzt.

Zu meiner Ehre hat Beppe Grillo in einem Interview einmal gesagt, ich set zusammen mit dem Ökonomen Joseph Stiglitz eine der Personen, die ihm die Augen geöffnet hätten. Ich war und bin dennoch kein Anhänger von ihm und der Fünfsternebewegung. Die cinque Stelle sind eine Partei der verpassten Chance. Sie hätte die grösste sozialökologische Partei der Welt sein können. Auch eine transparente digitale Partei. Aber die Grillini haben die Vorzüge, welche die Digitalisierung auch bietet, missbraucht und sind heute genauso intransparent wie die anderen.

Neue Formen und Technologien haben schon immer Kritiker und Apokalyptiker auf den Plan gerufen. Laut Walter Benjamin zerstört die Reproduzierbarkeit von Kunstwerken zerstört laut Walter Benjamin deren Aura. Das Fernsehen lässt laut Neil Postman die Massen verböden. Und selbst Romane galten einst als stieliche Gefährdung für Frauen.

Dieser Aufzählung lässt sich eine andere entgegensetzen: Jene der Technologien, die zunächst enthusiastisch gefeiert wurden und deren Nachteile man erst viel später in ihrer ganzen Tragweite bemerkt hat.

Zum Beispiel?

Fossile Energieträger haben in den letzten 200 Jahren die Entwicklung der Menschheit enorm vorangetrieben, sie haben uns reich gemacht und unsere Lebenserwartung verlängert. Aber jetzt sind die Schäden, die sie verursachen, so gross geworden, dass sie diese Errungenschaften gefährden. Ähnliches lässt sich von der Atomkraft, den Pestiziden und vom Asbest sagen. Die unerwarteten Nebenwirkungen des kommerziellen Internets sind keine Bedrohung aus der Zukunft, sondern bereits heute eine Tatsache.